

# elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR  
JUNGE LEUTE

August 1969 – Wahl-Extra 0,30 DM



Wer  
verführte  
diese  
Mädchen?

# Wer verführte diese Mädchen?

Wir wissen es nicht. Auch nicht, wen sie verführen. Ist uns auch egal. Wer sie zum Protest verführte? Was, wenn sie es selber waren? Nicht Springer, BRAVO, Soraya-Presse und andere Verblödungsinstrumente, sondern der eigene kritische Verstand bringt diese Mädchen unter die Demonstranten. Sie überlassen das Denken und die Politik nicht denen da oben. Sie denken selber. Und sie machen selber Politik. In der Diskussion, bei der Demonstration, bei der Wahl.

# elan

## Wahl-Extra

### HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

### CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

### STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

### GESTALTUNG

Jerken Diederich

### REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### VERLAG

Weltkreisverlags GmbH.  
6104 Jugenheim a. d. B.  
Alsbacher Straße 65

### DORTMUNDER BÜRO

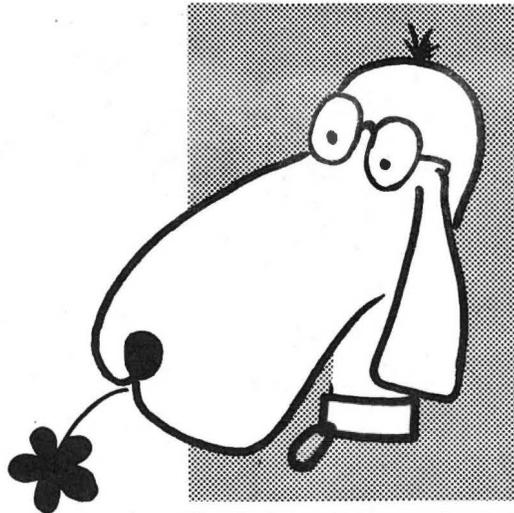
46 Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### KONTEN

Weltkreisverlag  
Deutsche Bank Darmstadt /  
Kto.-Nr. 290 221  
Postscheckkto. Frankfurt/M.  
Kto.-Nr. 2032 90

### Druck:

Hosch GmbH.,  
Frankfurt/M.



Liebe  
Leser,

ich hab' jetzt viele Artgenossen bekommen. Das danke ich Franz-Josef Strauß. Er hat mit der ihm eigenen Spürnase über die APO-Leute gesagt: „Diese Personen benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist.“ Zuerst habe ich mich natürlich gefreut über die Äußerung die das Tierreich so unverhofft vergrößerte. Nach einigem Nachdenken muß ich aber doch einige Zweifel anmelden. Wenn nämlich die APO-Leute nicht mehr unter

die für Menschen gemachten Gesetze fallen, dann müßten die Politiker auch darauf verzichten, Notstandsgesetze, Vorbeugehaft und Hochschulordnungsrecht gegen diese neuen Tiere zu gebrauchen. Wozu aber haben sich die Bonner Politiker all die Jahre soviele Gedanken gemacht, ja sich den Kopf zerbrochen? Doch nicht für Gesetze, die nun nicht gebraucht werden.

Und noch eine Frage: Wenn die für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr für die APO-Leute da sein sollen, dann müßten doch nun die Tierschutzgesetze für die APO-Menschentiere gelten. Auch auf diese Spekulation sollten die APO-Leute nicht reinfallen. Sie könnten dann nämlich annehmen — völlig zu unrecht, wie ich meine — die Polizei würde sie nun nicht mehr zusammenknüppeln, mit Tränengas traktieren, bei kaltem Wetter mit Wasserkanonen bespritzen und nachts in dunkle Verließe sperren. All das darf nämlich mit Tieren nicht gemacht werden. Mit Menschen, mit APO-Menschen wird es ständig so getrieben. Und das soll jetzt alles vorbei sein? Bloß weil Strauß es sagt?

Liebe APO-Leute, Ihr seid zwar von Strauß nun ausdrücklich zu Tieren erklärt worden, aber gleiches Recht für alle Tiere werdet Ihr nicht erfahren. Strauß hat Euch schon erläuternd versichert, er habe nicht verlangt, daß Leute, die sich wie Tiere benehmen, auch wie Tiere behandelt werden sollen. Da habt Ihr's. Zwar haben die neofaschistischen Schlägertrupps der NPD in Frankfurt den demonstrierenden Demokraten freundliche, von Tierliebe zeugende Worte wie: „Ihr kranken Affen“ und „Ihr Schweine nennt euch Deutsche“ zugerufen, dann aber ganz menschlich zu Knüppeln gegriffen, um ihre Gegner krankenhausreif zu schlagen. Schon der Lehrmeister der NPD-Leute, der SS-Obmann Heinrich Himmler, hatte die klugen Worte geprägt: „Wir Deutschen, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden auch zu diesen Menschentieren anständig sein.“ Nur der Freund von Franz-Josefs CSU, der Adenauer-Preisträger Dr. Emil Franzel, er wich kürzlich vom Pfad deutscher Tierliebe ab, um zumindest die Wanzen zu verunglimpfen. Franzel: Axel Springer „könnte sich die Wanzen bald vom Leibe schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden.“ Mit Wanzen meinte Franzel die Demonstranten, die gegen Springers Hetze und publizistische Alleinherrschaft protestierten.

Also liebe APO-Leute, im Tierreich, wo das Tierschutzgesetz gilt, wäret Ihr schon sicher, nur Wanzen dürftet Ihr nicht sein. Es gibt ja andere Möglichkeiten, als ausgerechnet die Verwandlung in jene auch von mir ungeliebte Ungezieferart. Aber was hilft's. Richtig gleichberechtigte Tiere werdet Ihr nie. Also müßt Ihr Euch wehren. Gemeinsam. Seid keine blöden Kühe oder dummen Lämmer. Das können sich APO-Tiere nicht leisten.

Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Fallt nicht auf die freundlichen Reden der Metzger herein. Wählt am 28. September die richtigen Kandidaten. Kandidaten, die für den Frieden und die Demokratie einstehen und Menschenschutzgesetze machen. Damit Mensch sein Spaß macht.

Das rät Euch  
Euer

Archos

# Die 7 Todsünden der Großen Koalition

Die Tage dieses Parlaments sind gezählt. Am 28. September sollen die Wahlberechtigten wieder für vier Jahre ihre politischen Entscheidungsrechte an Abgeordnete übertragen und dann schweigen. So denken es sich die herrschenden Politiker. Rechenschaftslegung vor den Wählern, Mitbestimmung der Wähler auch während der Legislaturperiode, Abwahl schlechter „Volksvertreter“ — das ist im bundesdeutschen Parlamentarismus nicht vorgesehen. Deshalb muß zum Wahltag besonders kritisch Bilanz gezogen werden — damit die Richtigen gewählt werden. Und auch, damit man nicht auf die Augenblicksversprechungen der Herrschenden hereinfällt.

„Dieser Entwurf ist ein kühner Schritt, der nur in der Zusammenarbeit der beiden Koalitionsparteien, in der Großen Koalition, möglich war“ — sprach Arbeitsminister Hans Katzer (CDU), als er das nach Unternehmermaß geschnittene Berufsbildungsgesetz feierte. Er hatte so unrecht nicht. Und er hätte auch jede beliebige andere Entscheidung nennen können: ob demokratiezehrende Notstandsgesetzgebung, Riesengewinne für Unternehmer, ob Forcierung der Rüstung oder Fortbestand der Alleinvertretungsfreiheit gegenüber der DDR, ob Anwachsen des Neonazismus oder Polizeiterror gegen Demonstranten — keinen dieser „kühnen Schritte“ nach rechts, keine Sünde in der Tat und der Unterlassung hätten CDU und CSU allein tun können. Sie brauchten stets die Krücke sozialdemokratischer Minister und Abgeordneter.

Genügt es also, die Auflösung der Großen Koalition zu verlangen? Sicher nicht. 1965 hatte kein SPD-Wähler geglaubt, daß er CDU-Politik unterstützt, wenn er SPD wählt. Der Wahlbetrug erfolgte ein Jahr später. Auch heute sind keine anderen Sicherheiten gegeben als jene, die die Gewerkschaftsjugend in einem Beschluß ihrer 7. Bundesjugendkonferenz (Braunschweig, November 1968) vorschlägt:

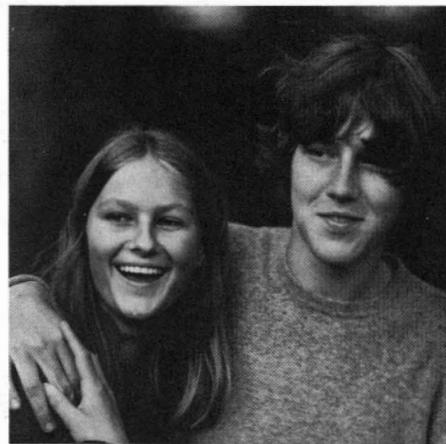
„Von der Antwort der Kandidaten auf die Fragen nach Notstandsgesetzen, verbesserter Bildung und Ausbildung und demokratischen Rechten der Jugend sowie von ihren Taten in der Vergangenheit muß abhängig gemacht werden, ob sie gewählt werden. In den Bundestag gehören Abgeordnete, die im Interesse der Arbeitnehmer handeln.“

Und die Jugend der IG Chemie forderte unlängst auf ihrer 8. Zentralen Jugendkonferenz dazu auf, auch die Einstellung der Kandidaten zur Vorbeugehaft und zur Ausdehnung der Mitbestimmung sowie ihre Haltung während der NS-Zeit zum Maßstab für die Unterstützung zu machen.

Das sind klare Worte.

elan hat die Politik der CDU/CSU geprüft, die diese mit Hilfe der SPD-Minister und -Abgeordneten machen konnte. Die Bilanz: Sieben Todsünden der Großen Koalition!

Im Sinne der Arbeiterjugendbeschlüsse sind die Abgeordneten, die diese Todsünden zu verantworten haben, nicht mehr wählbar!



## 1. Keine Rechte für die Jugend

Die Herabsetzung des Wahlalters — wer erinnert sich noch an das versprochene Trostpflasterchen aus der Zeit wachsender Jugenddemonstrationen? Doch dieses Grundrecht der Jugend geriet bei den Herrschenden ebenso in Vergessenheit, wie die von den Jugendverbänden geforderte Mitbestimmung der Jugend in allen sie betreffenden Fragen.

Sogar die wenigen bestehenden Rechte der Jugend werden angetastet: Das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung soll den im Dienst befindlichen Soldaten genommen werden; ein „Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst“ (IJAB) des Bundesfamilienministeriums wurde installiert, um die internationalen Kontakte der Jugendverbände im Sinne der Bonner Außenpolitik zu kanalisieren; unbequemen Jugend- und Studentenorganisationen, wie dem VDS, werden die Förderungsmittel gestrichen. Auch die Förderungsmittel für die politische Bildungsarbeit der Jugendverbände wurden gekürzt.

Nichts ist geschehen,

- um die Position der Betriebsjugendvertreter durch Kündigungsschutz zu verbessern (im Gegenteil, unbequeme Jugendsprecher wurden entlassen);
- um einen bezahlten Bildungsurlaub gesetzlich zu verankern;
- um junge Menschen in Parlament und Ministerien anzuhören (dafür wurden aber Altnazis wie Dr. Fritz Arlt vom BDI in Beratergremien für Jugendfragen berufen);
- um Jugenddebatten im Parlament im Sinne der Jugend zu führen (stattdessen wird sie beschimpft und der Polizeiterror gegen sie verstärkt);
- um Springers Macht einzuschränken;
- um die Dauer der Wehrdienstzeit zu verringern;
- wirkliche Chancengleichheit durch bessere Ausbildungsförderung zu sichern.





## 4. Alles für die Unternehmer-Herrschaft

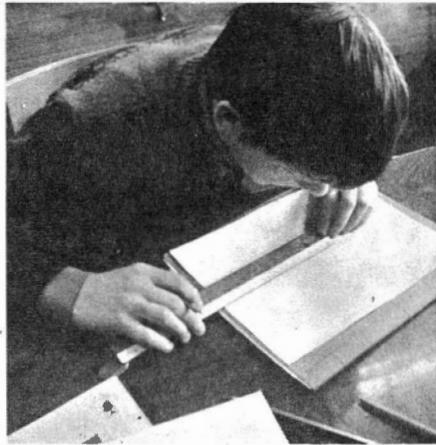
Das waren Jahre der Konzernherren! Im Konzept der Großen Koalition ist sie genau richtig, die „soziale Symmetrie“. Denn das heißt: Alles für die Monopole. Am 5. 2. 1969 übergab Schiller den Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Öffentlichkeit. Danach ist geplant, die Unternehmergewinne 1968/69 gegenüber den Jahren 1967/68 um 17 Prozent zu steigern (= 40 Mrd. DM).

Den Arbeitern wird eine Erhöhung der tariflichen Löhne um 5,5% – 6,5% in „Aussicht gestellt“. (Orientierungsdaten werden diese Lohnleitlinien vornehm genannt. Mit Tarifautonomie hat das wenig zu tun.)

Die Monopole danken es Schiller, daß er sich ihnen durch die Krise entstandenen Problemen angenommen hat. So meint Fritz Berg, Präsident des BDI, einen besseren Wirtschaftsminister könne er sich nicht vorstellen. Julius Lehlbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz sagte zu der Wirtschaftskonzeption Schillers auf dem 8. Bundeskongreß des DGB in München: „Bisher hat die „Konzertierte Aktion“ weder ihren Namen, noch den Lärm um sie herum gerechtfertigt. Es bleibt festzustellen, daß nach den Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums die pro Kopf verfügbare Nettoeinkommen der Unternehmer trotz Konzertierter Aktion mindestens doppelt so stark gestiegen sind, wie die verfügbare Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.“

„Da sie (die Unternehmer) Risiken tragen, müssen sie selber entscheiden und Gewinn haben können.“ (Welt, 6. 11. 68) Das war die Meinung Barzels zur Mitbestimmungsdebatte auf dem CDU-Parteitag 1968. Das Risiko des Arbeiters ist der CDU egal. Die SPD-Führung macht das Thema Mitbestimmung zum Wahlkampf-schlager, ist aber nicht bereit, sich ernsthaft dafür im Bundestag einzusetzen. Die CDU hofft, nach Erringung der absoluten Mehrheit, die Mitbestimmungsdebatte abwürgen zu können. Die Meinung der Herrschenden zur Mitbestimmung:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so schwierig wie eine Demokratisierung der Schule, der Kasernen oder der Zuchthäuser.“ (Industriekurier, 7. 10. 1965)



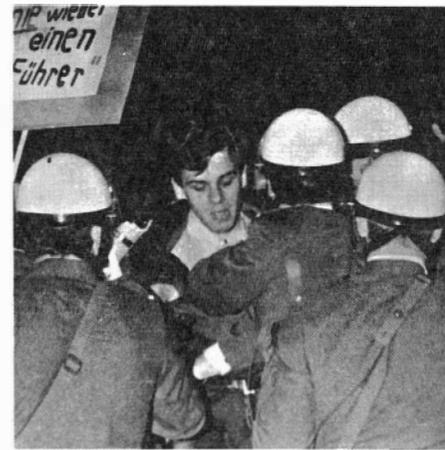
## 2. Bildungsmisere nicht beseitigt

Es „soll die Verstärkung der beruflichen Bildung dazu beitragen, daß sich die für ein ausreichendes Wachstum der Wirtschaft notwendigen strukturellen Anpassungsprozesse vollziehen können“. So wird im schriftlichen Bericht des Bundestagsausschusses für Arbeit die Zielstellung des neuen Berufsbildungsgesetzes charakterisiert. Also Ausbildung für die Bedürfnisse der Wirtschaft (sprich: Unternehmer). Von Mitbestimmung der Betroffenen ist keine Rede. Die gesamte berufliche Bildung und Ausbildung bleibt im Einfluß der Unternehmer-Kammern. – Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist nicht im Interesse der Jugendlichen novelliert worden. Die von den Arbeiterjugendverbänden erhobenen Forderungen nach generellem Verbot der Kinderarbeit und Nachtarbeit, nach Verbesserung der Urlaubs- und Pausenregelungen wurde überhaupt nicht behandelt.

Die Berufsausbildung im Interesse der Unternehmer wird ergänzt durch eine ähnlich strukturierte Schul- und Hochschul-ausbildung. Schülern wird verboten zu demonstrieren. Politisch mißliebige Studenten sollen nach einem neuen „Ordnungsrecht“ von der Universität verwiesen werden können. Jegliche oppositionelle politische Haltung soll unterdrückt werden, um die Ausbildung im Sinne von Erziehung eines Fachidiotennachwuchses für die Unternehmer nicht zu gefährden.

Alle geschaffenen Regelungen für die Ausbildung in Betrieb, Schule und Universität gehen nicht von einer Bildungsvermittlung aus, die dem einzelnen eine berufliche Perspektive garantiert, sondern von der Erziehung systemkonformen, unkritischen Nachwuchses.

„Die Schulen in unserem Land sind autoritär organisiert. Sie sind fast überall darauf eingestellt, zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat und gegenüber einer selbsternannten Herrschaftsschicht zu erziehen. Sie sind darauf eingestellt, die Herrschaft einer sozialen Schicht zu verewigen, die Bildung und Besitz für sich monopolisieren konnte“, stellten 80 Gewerkschaftsfunktionäre Ostern 1968 in einem Appell fest.



## 3. Der perfekte Notstandsstaat

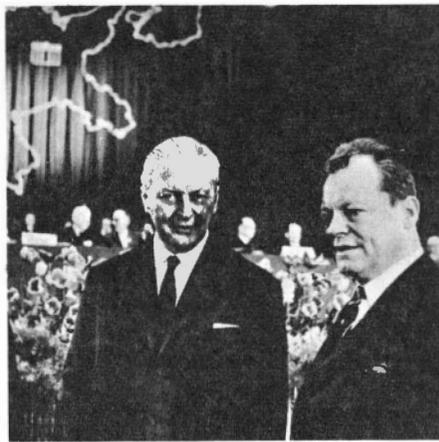
Der perfekte Notstand droht: die Bundeswehr kann im Innern eingesetzt werden, der Bundestag wird durch den Gemeinsamen Ausschuß entmachtet, das Postgeheimnis ist im Eimer, unbequeme Arbeiter können dienstverpflichtet werden. Dies ist das Verdienst der Großen Koalition, die am 29. Mai 1968 verwirklicht hat, was alle Regierungen vor ihr nicht vermochten.

Die demokratische Öffentlichkeit wird durch Polizeiterror eingeschüchtert. Gegen 2000 Bürger, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht haben, laufen Prozesse. Streikende Ingenieurstudenten werden zur Bundeswehr einberufen, oder man streicht ihnen die Stipendien. Zu all dem wird eine Vorbeugehaft vorbereitet, die sogar den Vorsitzenden des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer, Prof. Dahs, fatal an die Schutzhaftbestimmungen des Dritten Reiches erinnern.

Nach Gestapo-Vorbild formiert man in Bonn eine zentralisierte Staatspolizei: Die Befugnisse des Bundeskriminalamtes und seiner Sicherungsgruppe Bonn sollen erweitert werden. Wieder soll es Einsatzmöglichkeiten einer zentralen Polizeigewalt gegen nonkonforme politische Regungen geben.

Das KPD-Verbot ist nicht aufgehoben worden. Selbst ein Programmwurf der KPD durfte nicht verbreitet werden. Durch das KPD-Verbot sollen die demokratischen Organisationen, die in Opposition zur Bundesregierung stehen, eingeschüchtert und in Verbotsnähe gebracht werden, besonders die neugegründete DKP.

Die bedingungslose Aufhebung der Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen ist nicht Wirklichkeit geworden. Mord soll nach 30 Jahren verjähren; NS-Mordgehilfen können straffrei ausgehen. Die Vorschriften über Verjährung von Völkermord haben keine rückwirkende Anwendung, wie Justizminister Ehmke versicherte.



## 5. Rechtskurs fördert Neonazismus

„Niemand wird uns rechts überholen“, sagt die CSU. Und auch Kiesinger will sich nicht von Strauß rechts überholen lassen (FR 31. 5. 69). Dazu meint Thadden: „Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der NPD, die anderen Parteien zu einem Ruck nach rechts insgesamt zu veranlassen. So wollten wir's haben.“ (Spiegel 26. 5. 69.) Der Erfolg dieses Rechtsrucks der Regierungsparteien ist, daß die NPD bereits mit 61 Abgeordneten in 7 Landtagen eingezogen ist. Schon hat sie den Marsch auf den Bundestag angetreten. Bis heute ist die NPD nicht nach den Bestimmungen des Grundgesetzes aufgelöst worden, obwohl das Material, das sich bei Innenminister Benda angesammelt hat zum Verbot ausreichen würde. Noch immer finden die Kundgebungen der NPD unter Polizeischutz statt. Bei der Bundespräsidentenwahl stimmten NPD, CDU und CSU für Schröder, der danach eine klare Stellungnahme gegen eine Koalition CDU/NPD verweigerte.

In der Bundeswehr wächst der Einfluß der NPD ständig. Unter den Kandidaten der NPD sind Offiziere der Bundeswehr.

Das alles kann nicht verwundern, solange bei uns diejenigen an der Macht sind, die schon im Dritten Reich mit an der Spitze standen oder doch zumindest der Nazi-partei angehörten: Kiesinger, Schröder, Schiller, Flick, Blessing. Immer frecher fördern die Vertriebenenverbände – völlig einig mit der Regierung – einen „gerechten“ Frieden in den Grenzen von 1937. Denn ihr Frieden ist erst dann „gerecht“, wenn die Ergebnisse des vom faschistischen Deutschland angezettelten Krieges rückgängig gemacht worden sind. – Und schließlich: CSU und NPD sind dabei, nach SA-Vorbild polizei-ähnliche, innerparteiliche Sicherungsgruppen zu bilden..

## 6. Die alte „neue Ostpolitik“

„Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben, ... die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freiheitlich zu suchen; um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper zu integrieren“, heißt es in einem Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates beim Gesamtdeutschen Ministerium. Noch deutlicher kann nicht gesagt werden, was mit Alleinvertretungsanspruch und Nichtanerkennung der DDR erreicht werden soll. Für Bundeskanzler Kiesinger ist die DDR lediglich ein „Gebilde“, dessen Anerkennung für ihn nicht in Betracht kommt. Wie sehr die Politik der Nichtanerkennung die internationale Atmosphäre vergiftet und Spannungen hervorruft, zeigt sich in der Bonner Reaktion auf die DDR-Anerkennung seitens Kambodschas und anderer Staaten. Baron von Wrangel (CDU) am 25. 4. 69 im Bundestag: „Wenn wir in der internationalen Politik einer Entwicklung Vorschub leisten, die dazu führt, daß Staaten und Staatengruppen Ost-Berlin anerkennen, ist die völkerrechtliche Anerkennung nicht aufzuhalten. Deshalb müssen wir diese Nichtanerkennungspolitik ganz entschieden fortsetzen.“

Das ganze Gerede von einer angeblich neuen Ostpolitik wird durch die praktische Regierungspolitik widerlegt. Wer nicht anerkennen will, wer die Reprivatisierung der volkseigenen DDR-Betriebe plant, wer Kontakte mit sozialistischen Staaten nur sucht, um die DDR evtl. isolieren zu können, gefährdet den Frieden aufs schärfste. Denn eine solche Politik ist nur mit Gewalt durchzusetzen. Wer sich darüber hinaus weigert, die bestehenden Grenzen in Europa anzuerkennen (Oder-Neiße-Grenze) und gleichzeitig jährlich einen neuen Rekordeinstieg beschließt, provoziert Spannungen und kalkuliert die bewaffnete Auseinandersetzung zur Durchsetzung seiner Politik ein.

## 7. In der Rüstung sind sie fix

Nie war der Rüstungsetat so hoch wie seit Bildung der Großen Koalition. Als Bundesfinanzminister Strauß den Haushaltsentwurf der Großen Koalition am 16. 10. 1968 dem Bundestag vorlegte, stellte er einen Schwerpunkt heraus: Bereitstellung höherer Beträge für die Rüstung. Für Verteidigung u. Zivilschutz 19 352 Mill. Bundesgrenzschutz 324 Mill. Bundeshilfe für West-Berlin 2 723 Mill. Das macht zusammen 22 399 Mill. zusätzlich 8 075 Mill. soziale Leistungen für Kriegsfolgen. Diese Leistungen tauchen zwar im Haushaltsplan immer unter „Sozialleistungen“ auf, sind aber den Rüstungskosten zuzurechnen. Die Steuerzahler müssen also 3 0474 Mill. DM fürs Militär (und seine Folgen), das sind 37% des Gesamthaushalts, aufbringen. Seit 1950 wurden ungefähr 260 Mrd. DM für die Rüstung verpulvert.

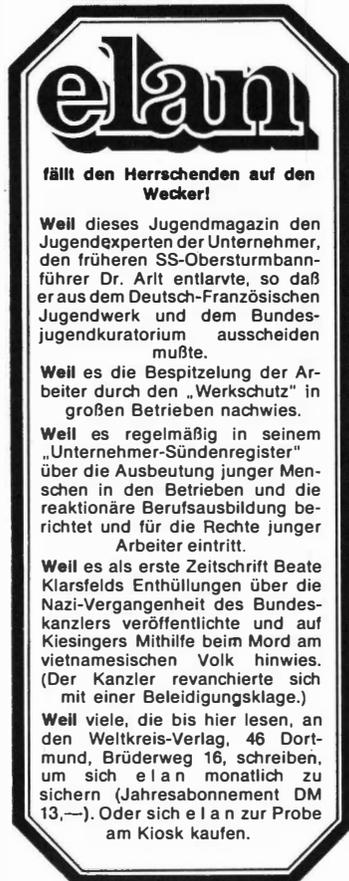
Die Mehrausgaben in der Rüstung seit der Wahl 1965 betragen gegenüber der vorherigen Wahlperiode 5,1 Mrd!. Schröders Plan, von 1968 bis 1972 über den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung hinaus den Rüstungsetat um 2,5 Mrd. zu erhöhen, wurde vom Bundeskabinett am 15. 1. 1969 gebilligt. Hinzu kommen noch Subventionen, die in erster Linie der Rüstungsindustrie zugute kommen.

Doch es wird nicht nur in der Bundesrepublik aufgerüstet. Die Bundesregierung leistet zudem einen enormen Beitrag zur US-Aggression in Vietnam – mit Geld (Devisenhilfe, Entwicklungshilfe) und politisch-moralischer Unterstützung der Aggressoren. In ihrem „Bulletin“ vom 29. 2. 1968 teilt die Bundesregierung mit: „Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung stehen für 1967 bis 1971 jährlich 30 Mio. DM für die humanitäre Hilfe in Süd-Vietnam zur Verfügung.“

Die forcierte Rüstungspolitik ist verbunden mit der Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages. 90 Staaten, u. a. auch die DDR, haben den Vertrag bereits unterzeichnet. Die Bundesregierung weigert sich, den Verzicht auf Atomwaffen zu unterschreiben.

Massenvernichtende ABC-Waffen lagern die USA mit Billigung der Bundesregierung in der BRD.

# elan testete die Parteien der Großen Koalition



Wir zeigen hier sieben Todsünden auf. Wer in sieben entscheidenden Fragen dem Interesse der Wähler zuwiderhandelt, ist nicht mehr wählbar.

Wie stehts aber mit der FDP, der parlamentarischen Opposition? Schneidet sie nicht alte Zöpfe ab? Bei näherem Hinsehen wird klar: Diese Partei ersetzt jeden abgeschnittenen Zopf durch eine noch plunderigere Perücke. Als da sind: keine völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der DDR, keine Mitbestimmung der Arbeiter, Verjährung der Naziverbrechen, Unterstützung der Berufsbildungskonzeption der Großen Koalition. Die älteste Perücke dieser Partei: Erich Mende mit seinem reaktionären Anhang.

Unser Test hat auch ergeben: Die Kandidaten der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) haben sich keine der Todsünden zuschulden kommen lassen. „Von ihren Taten in der Vergangenheit muß abhängig gemacht werden, ob sie gewählt werden“, stellte die Bundesjugendkonferenz des DGB zu den Bundestagskandidaten fest. Einer solchen Prüfung halten ADF-Kandidaten stand: Sie gehörten zu den Aktivsten der Bewegung gegen die Notstandsgesetze; als Betriebsräte und Gewerkschafter setzen sie sich für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Beschlüsse ein; bei den Ostermärschen sind sie dabei, wie auch bei den Aktionen gegen Vorbeugehaft und Springer-Hetze. Braune Westen fanden wir bei ihnen nicht, stattdessen rote Fahnen. Die ADF-Kandidaten sagen: Wir machen nur das, wozu die Wähler uns beauftragen. Was wir gemeinsam fordern, können wir auch nur in gemeinsamen Aktionen der Wähler und Gewählten durchsetzen. Die ADF ruft die Wähler zur tätigen Selbsthilfe auf. Vor und nach der Wahl. Das ist der Schlüssel zur Demokratisierung dieses Landes.

Ulrich Sander

# Deshalb sind wir dabei



Warum ich die ADF unterstütze?

Weil ich keine andere Wahl sehe. Weil ich die politische Aktion dem langsamen, aber sicheren Erstickungstod vorziehe und angestrenzte Wiederbelebungsversuche für nötig halte, um der dahinsiechenden Demokratie wieder auf die Beine zu helfen. Und weil ich immer gern bei den ersten bin, den Kräften des Fortschritts.

Die stärkste der Parteien: das sind hierzulande die Massen der Arbeiter und Angestellten, die Bauern, Rentner, Hausfrauen, Schüler, Lehrlinge und Studenten, schlicht und einfach: das Volk. Demokratie, das heißt nichts anderes als Volksherrschaft; mit der Mitbestimmung sind wir deshalb auf dem rechten Weg. Manche zweifeln allerdings, daß das Volk in der Lage ist, sich selbst zu regieren.

Dagegen gibt es Gegenbeweise. In Hannover, im Juni dieses Wahljahres, haben die Bürger der Stadt während ihrer Protestaktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen demonstriert, was es heißt, wenn tatsächlich alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Nie war die Ordnung in Hannover so gesichert, nie war die demokratische Initiative so lebendig und nie war die Solidarität umfassender als in den Tagen, da die Einwohner der Stadt ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen hatten.

In der außerparlamentarischen Woche der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, als die Jugend Hannovers die Verkehrsregelung in der Stadt übernommen hatte — der Verkehr flutschte besser als mit Hilfe der Polizei, es gab weit weniger Unfälle als sonst, und täglich wurden mehr als hunderttausend Fahrgäste umsonst transportiert — wurde in Hannover ein neues Verkehrszeichen erfunden: Der Rote Punkt.

Die ADF: das ist die Aktion Roter Punkt, übertragen auf die Politik. Sie zeigt den einzigen Weg, wie man den toten Punkt in der Bundesrepublik überwinden kann. CDU und NPD führen das Volk auf ein Neues in die Sackgasse, die ADF schaltet um auf freie Fahrt in Richtung Demokratie, Fortschritt und Frieden.

Als Schriftsteller kämpfe ich mit der Waffe des Wortes, ich schreibe Beiträge für den „Agprop“-Textdienst der ADF und mache beim „Hamburger Straßentheater der ADF“ mit, das mit Liedern, kurzen Szenen und Diskussionsbeiträgen Wahlkampfveranstaltungen unterstützt, am Wochenende auf den Straßen und Plätzen der Innenstadt agiert und zur Feierabendzeit vor die großen Betriebe zieht. Dabei geht es jedesmal hoch her; wir werten das als ein gutes Zeichen!  
Peter Schütt



Vor meiner Einberufung zur Bundeswehr gaben mir meine Kollegen im Betrieb das Mandat eines Betriebsjugendvertreters. Meine Kameraden hier bei der Bundeswehr in der „Blücher-Kaserne“ in Hemmer wählten mich zu ihrem Vertrauensmann. Sie kennen meine sozialistische Gesinnung. Die befehlenden Unteroffiziere und Offiziere auch. Den letzteren ist sie wie ein Dorn im Auge. Wegen Teilnahme an der DKP-Bezirkskonferenz in Hagen wurde ich zu 21 Tagen Bau verurteilt. Hauptmann Roß von der NPD und Bundeswehroffiziere, die an Parteitagen von CDU/CSU, FDP und SPD in Uniform teilnahmen, werden nicht bestraft. In Bonn handelt man offensichtlich nach dem Motto: „Uniform ist stets o. k., gehst du nicht zur DKP.“

So ist das. Bei den Nationalisten und den Neonazis, bei den Koalitionsparteien drückt Justitia beide Augen zu. Wenn's gegen Links geht, gegen Demokraten und Sozialisten, da wird kräftig zugeschlagen. Kiesinger will aus der Bundeswehr ein „Schule der Nation“ machen, Schröder wünscht atomare Waffen, und Benda hofft, uns Soldaten gegen streikende Arbeiter und demonstrierende Lehrlinge und Studenten einsetzen zu können.

Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. Wir sind schon viele. Das Bündnis der Demokraten und Sozialisten, die ADF, ist für uns Bundeswehrsoldaten in dieser Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie eine große Hilfe.  
Hans-Walter von Oppenkowski.

## Aktuelle politische Literatur

Karl Hubert Reichel  
**Wie macht man Kriege?**

Von der Kanonenbootdiplomatie Wilhelm II. zum Alleinvertretungsanspruch der Bonner Kanzler.  
Paperback, 210 Seiten, DM 7,60

Aus unserer Roten Reihe:

**Nr. 1**

**„Vorwärts und nicht vergessen“**

Lieder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung (mit Noten),  
32 Seiten, kart., DM 1,—

**Nr. 2**

**Beschlüsse der Arbeiterjugend**

u. a. Gewerkschaftsjugend, Jungsozialisten, CAJ, SDAJ, Naturfreundejugend.  
64 Seiten, kart., DM 2,—

**Nr. 5**

**Ein Sündenregister der Unternehmer**

Umfragen, Analysen, Beispiele aus dem Leben junger Arbeiterinnen und Arbeiter, Enthüllungen  
(2. Auflage ab 10. 8. lieferbar)  
ca. 64 Seiten, kart., DM 2,—

Bestellungen an:

**Weltkreis-Verlags-GmbH.**

**46 Dortmund**

**Brüderweg 16, Tel. 57 20 10**

**Sie können schon morgen Abonnent des elan sein!**

Ich bestelle ab .....  
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.  
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(genaue Anschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:  
Weltkreis-Verlags-GmbH.  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

# Damit die da oben nicht ma

## ADF-Kandidaten — Kandidaten der Opposition



**Beate Klarfeld, 30,**  
Journalistin,  
1 Rue de L'Alboni,  
Paris 16 e,  
Direktkandidatin im  
Wahlkreis 188  
Waldshut (Kiesin-  
gers Wahlkreis)

„Die Aktion Demokratischer Fortschritt tritt gegen den unseligen neuen Marsch in die Reaktion an. Man muß gegen die offenen Neofaschisten der NPD ebenso kämpfen wie gegen jene Politiker der Bundestagsparteien, die für Oppositionelle „Tiere“ sind, wie Strauß es formulierte. Wir müssen gegen Thadden und Kiesinger und Strauß kämpfen, weil sie Notstandsdictatur meinen, wenn sie Demokratie sagen, und weil sie Veränderung der Grenzen wollen, den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnen und auch durch erhöhte Rüstung nichts Gutes ahnen lassen. Man kann nicht mit Worten gegen Thadden und seine NPD wettern und gleichzeitig mit Strauß in eine Regierung gehen, wie es die SPD-Führung getan hat. Deshalb kandidiere ich auf der Liste der ADF, die alle Demokraten aufruft, jedes Stück Demokratie, das wir haben, zu verteidigen und neue Rechte zu erkämpfen. Wir brauchen Mitbestimmung der Arbeiter, Studenten und Jugendlichen, damit die Reaktionäre aller Schattierungen nicht mehr schalten und walten können, wie sie wollen.

Und noch eins: Diesen Kampf kann niemand allein führen. Ich habe meine Aktionen zur Aufklärung über die faschistische Vergangenheit von Kanzler Kiesinger (NSDAP/CDU) allein aufgenommen. Jetzt kämpfe ich gemeinsam mit vielen Demokraten, um aufzuklären über das was war und was sein soll. Helfen Sie uns dabei!“



**Rolf Czech, 25,**  
Kfz.-Schlosser,  
46 Dortmund,  
Bornstraße 117,  
Direktkandidat im  
Wahlkreis 122  
Arnsberg-Soest

„Neonazismus und NPD breiten sich aus. Ihre Vertreter, die weder national noch demokratisch sind und jeden vernünftigen Vorschlag als Verzichtspolitik denunzieren, bahnen neuer Diktatur und neuen Katastrophen den Weg.

Die Gefahr liegt nicht nur bei der NPD. Sie liegt in einer Politik, die unter Ausnutzung nationaler Gefühle den Menschen vorgaukelt, der zweite Weltkrieg könnte noch nachträglich gewonnen werden.

Sie liegt im Rüstungs- und Rechtskurs, gleichgültig, ob er von der NPD oder von der CDU vertreten wird.

Diesmal sollten die deutschen Demokraten nicht wieder warten, bis es zu spät ist. Sie sollten aus der Geschichte lernen. Die Lehre heißt: Rechtzeitig zusammenfinden und zur gemeinsamen Abwehr übergehen.

In der ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt) haben sich Sozialisten, Christen, Kommunisten und Pazifisten zusammengefunden, um der Rechtsentwicklung konsequent entgegenzuwirken und um der wirklichen Opposition Sitz und Stimme im Parlament zu erobern.“



**Herwart Prudlo, 25,**  
Elektriker,  
3151 Bülten,  
Cäcilienhöhe 160,  
Direktkandidat im  
Wahlkreis 40, Pelne

Auch der fünfte Bundestag hat keine der wesentlichen Forderungen der Jugend erfüllt. Noch immer ist das Recht auf Bildung nicht verwirklicht. Noch immer gibt es kein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz. Noch immer gibt es kein Wahlrecht für die Bundestagswahlen ab 18 Jahren. Noch immer können Jugendliche unter 25 Jahren nicht in die Orts-, Kreis-, Landes- und in das Bundsparlament gewählt werden. Noch immer ist die Wehrpflicht nicht verkürzt worden. Der Bundestag hat — wie alle anderen vorher — das Recht verwirkt, als Interessenvertretung der Bevölkerung, besonders der Jugend zu gelten. Veränderungen aber kann die Jugend nur erreichen, wenn sie ihre Interessenvertreter ins Parlament entsendet. Uns wird in dieser Gesellschaft nichts geschenkt. Was wir haben wollen, müssen wir uns gemeinsam erkämpfen, im außerparlamentarischen wie auch im parlamentarischen Kampf.“



**Renate Hempel, 29,**  
Lehrerin,  
43 Essen-Steele,  
Nietzscheweg 14,  
Direktkandidatin im  
Wahlkreis 88 Essen

„Junge Leute schätzen im Wahlkampf die Diskussion mit Sozialisten und Kommunisten, weil es dabei konsequent offen zugeht. Sie diskutieren die Außenpolitik der Bundesrepublik, wobei die der Großen Koalition besonders in Sachen amerikanischer Vietnamkrieg und Dritte Welt heftig angegriffen wird. Die Diskussion mit jungen Leuten, die bei Notstandsgesetzen, Vorbeugehaft, Neofaschismus beginnen, landen überwiegend bei der Kritik am Kapitalismus, dessen Spielarten von liberal bis neofaschistisch zur Sprache kommen. —

Zu den Mitbestimmungsforderungen der jungen Arbeiter und Studenten: Für die Mitbestimmung der Jugend muß hart und entschieden gekämpft werden, wenn wir verhindern wollen, daß die zukünftigen Arbeiter arbeitslos werden und die zukünftigen Wissenschaftler zur Kriegsforschung gezwungen werden. Durch die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Jugendlichen müssen hochqualifizierte Lehrlingsausbildung und berufliche Fortbildung erkämpft werden. Durch demokratische Kontrolle muß der Einfluß der Konzerne auf die Wissenschaft zurückgedrängt werden. Durch Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft muß überhaupt der Einfluß der wenigen Reichen in unserem Land entlarvt und überwunden werden.“

# ... können, was sie wollen!



**Hans-Georg Feißt,**  
31, Kaufmann,  
7858 Well,  
Markgrafenstr. 12,  
Direktkandidat im  
Wahlkreis 189  
Lörrach-Mülheim

„Wir haben das neue Berufsbildungsgesetz im DGB-Kreisjugendausschuß behandelt und sind auch zu dem Schluß gekommen, daß es für uns sehr wenig bringt. Insbesondere deshalb, weil scheinbar progressive Regelungen — wie überbetriebliche Werkstätten — nur auf Kann-Bestimmungen aufgebaut sind und z. B. eine Abgabe der Unternehmer für die Ausbildung überhaupt nicht im Gesetz enthalten ist. Dieses Gesetz ist kein Fortschritt, sondern ein Treten auf der Stelle.“

Ich bin ADF-Kandidat geworden, weil ich meine, daß eine demokratische Erneuerung unserer Gesellschaft nur durch eine konsequente Mitbestimmung durchzusetzen ist. Ich bin der Auffassung, daß die Kräfte vorhanden sind, die uns dabei unterstützen werden. Ich kandidiere, weil die ADF den Kampf gegen das Großkapital aufgenommen hat. Als Sozialist meine ich, ist das Grundvoraussetzung für die demokratische Erneuerung unserer Gesellschaft.“



**Rolf Jürgen Priemer,**  
28, Schriftsetzer,  
46 Dortmund,  
Neuer Graben 11,  
Direktkandidat im  
Wahlkreis 116  
Dortmund

„Unter dem Beifall von mehreren hundert Industriellen aus dem ganzen Bundesgebiet hat Bundeskanzler Kiesinger in Bonn die Unruhe unter Studenten als Bürgerkriegssituation bezeichnet, der man zu begegnen habe.“ (Frankfurter Rundschau)

NPD, CSU und Neonazijugend proben den Bürgerkrieg. Aber der Bundeskanzler verliert dazu kein Wort. In Fortführung seiner eigenen faschistischen Traditionen führt er seinen Bürgerkrieg gegen die unruhige Jugend, die demokratische Veränderungen will und den neuen Faschismus nicht widerstandslos heraufkommen läßt. Die Industriellen applaudieren ihrem Kanzler. Sie haben Klassenbewußtsein. Kiesingers Rede ist nicht isoliert zu sehen. Gleichzeitig haben nämlich die Studenten, Schüler, Lehrlinge und Arbeiter durch eine geschlossene Aktion in Hannover die Zurücknahme unverschämter Nahverkehrstarife erzwungen. Ein ähnlicher Streik fand in Heidelberg statt. Die Bevölkerung war solidarisch mit ihrer Jugend. So etwas versetzt die Kiesinger in Angst und Schrecken. Die einfache Diffamierung reicht nicht mehr aus! Die Bürgerkriegsdrohung muß her! Notstandsgesetze gibt es schon, nun müssen sie auch genutzt werden.

Gemeinsam sind wir stärker! — formulierten Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Studenten in einem Flugblatt, das in Bayern gegen die NPD verbreitet wurde. Ja, gemeinsam Nun muß endlich das Gezänk, die Eifersüchtelei, das Sektierertum unter den Linken aufhören. Damit der Kampf geführt wird. Gegen den Rechtskurs. Jetzt, zur Bundestagswahl und auch danach. Der Gegner schenkt uns nichts. Daran sollten wir in diesen Wochen denken.“



**Erwin Seel, 31,**  
Journalist,  
687 St. Ingbert,  
Hellenthalstraße 18,  
Direktkandidat im  
Wahlkreis 248,  
St. Ingbert/Saar

„Es ist kein Zufall, daß die Regierenden gerade im Wahljahr versuchen, die unruhige Jugend mit Versprechungen einzuwickeln. Tatsache ist aber, daß sie von einer Herabsetzung des Wahlalters reden und gleichzeitig ein Mehrheitswahlrecht erarbeiten, das Minderheitswahlrecht heißen müßte. Denn die Mehrheit der Wähler wird bei seiner Verwirklichung von der Besetzung des Parlaments ausgeschlossen. Erst heute spricht die CDU/CSU von einem Wahlrecht ab 18 Jahre. Das beweist eindrucksvoll, daß sie die Jugend 20 Jahre lang reingelegt hat. Nehmen wir noch hinzu die geplante Vorbeugehaft, die sich besonders gegen die unruhige Jugend richtet und sie für immer in Unmündigkeit halten soll. Ein weiteres Grundrecht der Jugend soll beseitigt werden, das Recht auf Wehrdienstverweigerung und das in einem Augenblick, wo immer mehr junge Menschen sich weigern, das „graue Ehrenkleid der Armee“ zu tragen. Was bleibt also von den Versprechungen?

Unsere Stärke wird darin liegen, daß wir außerparlamentarische Aktionen mit unserem Wahlkampf kombinieren. Die aktive junge Generation unseres Landes ist aufgerufen, auf allen Ebenen im Wahlbündnis mitzuarbeiten und mitzuentcheiden. Wir werden Erfolg haben, wenn wir jedem einzelnen klar machen, daß das Zusammengehen aller Demokraten unsere Antwort auf Notstandsgesetze und ansteigenden Neonazismus sein muß.“



**Wolfgang Gehrcke,**  
26, Angestellter,  
2 Hamburg 28, Am  
Gleise 8, kandidiert  
auf der Landesliste  
Hamburg

„Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes zeigen, daß der Arbeiterjugend von den Unternehmern und ihren „Handlangern“ nichts geschenkt wird. Für unsere Forderungen müssen wir selbst kämpfen. Die Lehrlingsdemonstrationen, die Aktion 7. Juni in Köln, die vielen Proteste im Bundestag und in vielen Städten der Bundesrepublik waren erst ein Anfang. Von der Rechlosigkeit der Jugend in Betrieb, Büro und Labor, in Schulen und Hochschulen, in Kasernen und Parlament, in allen gesellschaftlichen Bereichen müssen wir nun unsere Mitbestimmungsforderungen formulieren und um ihre Verwirklichung kämpfen. Werden wir dabei genauso konkret, kontinuierlich und vielseitig in Aktionen, wie in der Berufsausbildungskampagne, die mit Verabschiedung des Gesetzes nicht abgebrochen ist. Jetzt servieren wir den Bundestagsparteien die „Rechnung“ für ihre jugendfeindliche Politik. Zu diesen Parteien, den Erfüllungsgehilfen der Großkonzerne haben wir kein Vertrauen. Entlarven wir die Feinde der Arbeiterschaft und ihrer Jugend. Wählen wir am 28. September Interessenvertreter der Arbeiterjugend, die auf den Listen der ADF kandidieren, in den neuen Bundestag. Unterstützt die ADF!“

# Beispiel Schwabach

Ein Leser des elan gab mir den Tip. In Schwabach bei Nürnberg sei ein Betrieb, der genau in unser Sündenregister passe.\*) Ich fuhr hin. Im ADF-Zentrum traf ich mehrere Lehrlinge Peter und Willi lernen bei VW-Feser Kfz.-Mechaniker. Von den 36 Beschäftigten in der Autowerkstatt Feser sind die Hälfte Lehrlinge!

„Herr Feser wünscht die Gewerkschaft nicht im Betrieb“, erzählt Willi. Deswegen gibt es in der Firma weder einen Betriebsrat noch Gewerkschaftsmitglieder.

Am meisten interessierte mich, wie die Ausbildung bei Feser aussieht. Peter berichtet: „Bei uns kann man mehrere Berufe lernen. Für manche gibt es aber keinen Meister. Deswegen müssen z. B. die Tankwartlehrlinge den ganzen Tag Autos waschen. Einer von uns lernt Kfz-Elektriker. In diesem Fach gibt es noch nicht einmal einen Gesellen. Die Meister streiten sich öfter, wer für ihn eigentlich zuständig ist. In seiner Ausbildung gab es ein großes Durcheinander. Erst war er ein halbes Jahr in der Tankstelle, dann kam er ein halbes Jahr zum Motorenbau. Drei Monate war er Bauhelfer beim Neubau von Feser. Das was er über Kfz-Elektrik weiß, hat er nur aus dem Buch und der Berufsschule.“

Dann ist Willi dran: „Drei bis vier Überstunden müssen wir machen in der Woche unbezahlt. Nach Feierabend müssen wir noch putzen. Freitags ist immer großes Reinemachen. Bis halb sieben sind wir dann im Betrieb, obwohl schon um 16.45 Uhr Feierabend ist.“

„Wir müssen oft Sachen machen, die mit unserer Ausbildung überhaupt nichts zu tun haben“, berichtet Peter weiter. „Einer ist immer dran mit Pausendienst. Morgens muß er einkaufen. Zwei Stunden dauert das mindestens. Mittags wieder eine Stunde. Am ADF darf er Pausenraum und Toilette reinigen.“

Willi macht weiter: „Die praktische Arbeit läuft überhaupt nicht parallel mit der theoretischen in der Berufsschule. Die Lehrlinge werden so eingesetzt, wie man sie gerade braucht. Einen Ausbildungsplan gibt es nicht. Im ersten Lehrjahr mußte ich schon Bremsen auseinandernehmen. In der Schule hatte ich das erst im dritten.“

„Bei uns wird regelrecht mit der Arbeitskraft der Lehrlinge gerechnet“, wirft Peter ein. „Wenn die Gesellen einen Lehrling bekommen, wird ihnen die Normzeit gekürzt. Wenn ich meinen Gesellen was fragen will, hat er nie Zeit zum Antworten.“

„Bei den Berichtsheften gibt es ein ganz komisches System. Regelmäßig bekommen wir Vordrucke, von denen wir ins Berichtsheft abschreiben müssen. Eigene Berichte dürfen wir nicht machen. In den Vordrucken stehen meistens Dinge, die wir noch nie gemacht

\*) Im Rahmen der Aktion Unternehmersündenregister veröffentlicht elan Beispiele von Unternehmer-Willkür. Zur Feststellung von Beispielen hat die Redaktion Fragebogen herausgegeben, die kostenlos angefordert werden können.

Als erstes Ergebnis von verschiedenen Umfragen dieser Art erschien als Zusammenfassung und Auswertung die Broschüre „Ein Sündenregister der Unternehmer“ (Einzelpreis DM 2,—). Fragebogen und Broschüre sind erhältlich bei: Jugendmagazin elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon 57 20 10.

HIER BEFINDET SICH  
UNSERE FORSCHUNGS-  
ABTEILUNG! DIE HERREN  
DENKEN DEN GANZEN  
TAG ÜBER DAS GLEICHE  
THEMA NACH!



Arno R. '69



Das Kruppsöhnchen Arndt von Bohlen und Halbach sonnt sich an seinem Swimmingpool in Marrakesch. Gearbeitet hat er in seinem ganzen Leben noch nicht. Er hat genügend Arbeiter, die ihn ernähren. Auch in Kamp-Lintfort, auf der Zeche Rossenray. Jeden Tag schufteten sich dort die Kumpel ab.

Für ein paar hundert Mark im Monat. Der Kruppsohn bekommt von der Zeche einen „Stundenlohn“ von 875 DM, ohne einen Finger zu rühren. Am Tag 7000 DM: Im Jahr 1,5 Millionen. Nur weil er der Sohn des Kriegsverbrechers Krupp ist. Bundesdeutsche Wirklichkeit im Jahr 1969.

haben. Als wir uns darüber wunderten und fragten, sagte der Chef: „Ihr könnt es ja doch nicht richtig.“!

Willi ist wieder dran: „In den Lehrvertrag ist eine Zusatzklausel reingestempelt, daß wir für alle Schäden, die wir bauen, haftbar sind. Was das heißt, sollte ich bald merken. Einmal stellte ich mittags einen Wagen ab und nahm ordnungsgemäß den Gang raus. In der Mittagspause muß ihn dann wieder einer reingelegt haben. Als ich die Kiste nämlich nach der Pause wieder starten wollte, knallte sie gegen die Wand. Den Schaden mußte ich selber bezahlen. Fast mein ganzes Monatsgeld hat's mich gekostet.“

Ob sie sich das denn alles gefallen lassen wollen oder ob sie etwas gegen diese Art der Lehrlingsausbeutung unternehmen wollen, fragte ich die beiden zum Abschluß. „Ja sicher,“ war die Antwort. „Wir haben noch mehr Leute in der SDAJ und in der ADF gefunden, die sich für eine bessere Berufsausbildung einsetzen.“

**Wolfgang**

# Untertanenfabrik

BASF — wer kennt sie nicht, die großen Chemiewerke in Ludwigshafen? Eigene Straßen, Busverkehr, Eisenbahn, eigene Polizei — alles gibt es bei BASF. Sogar eigene Gesetze.

Die BASF gibt den Eltern in einem Brief ganz klare Anweisungen, wie sie ihren Nachwuchs erziehen sollen:

„Gewöhnen Sie Ihren Jungen an Pünktlichkeit. Alles was er morgens mitzunehmen hat, soll abends schon bereitgelegt werden. Er soll zeitig zu Bett gehen und früh genug aufstehen.“

„Achten Sie auf äußere Sauberkeit... Eine Künstlermähne (Beatles-Frisur), gezüchtete Backenhaare oder sog. Philosophenbärtchen sind eines frischen und lebendigen Lehrlings unzulässig und können nicht gestattet werden.“

„Wir verlangen von jedem Lehrling vorbildliche Ordnung.“

„Es ist absolut falsch und beeinträchtigt das Leistungsvermögen in der Lehrausbildung, bereits während der Lehrzeit an Kursen und Lehrgängen außerhalb des Lehrbetriebes teilzunehmen.“

„Verlangen Sie von ihm die restlose Ablieferung seiner Erziehungsbeihilfe und bestimmen Sie die Höhe seines Taschengeldes.“

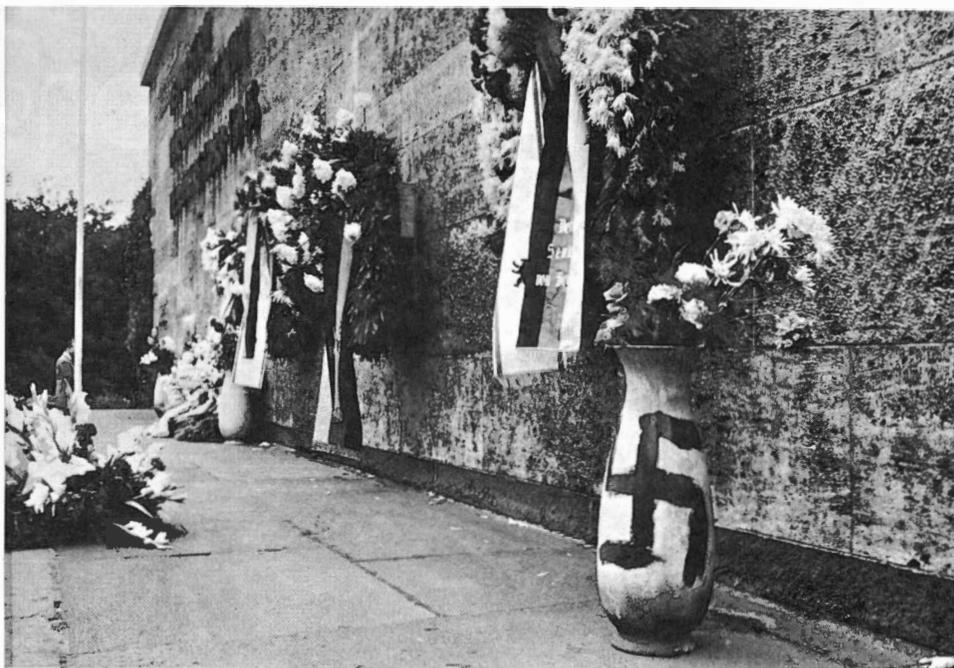
„Es ist selbstverständlich, daß allen Lehrlingen... das Rauchen sowie Alkoholgenuß nicht gestattet werden kann. Auch nicht... außerhalb des Werkgeländes.“

„Ermahnen Sie Ihren Jungen immer wieder zur Disziplin und Folgsamkeit gegenüber den Anweisungen seiner Ausbilder.“

So sieht das Konzept aus, nach dem BASF seine Untertanen züchtet. Kritiklose Betriebsbürger, die der Obrigkeit in Arbeit und Freizeit zu Willen sind. Das ist die „Sozialpartnerschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“, wie die Unternehmer sie verstehen.

Die Politiker in Bonn haben die jungen Menschen, die diesen Unternehmern ausgesetzt sind, im Stich gelassen. Keine Demokratie im Betrieb; Betriebsjugendsprecher, die aufmucken können entlassen werden, wie schon oft geschehen. Deshalb müssen sich junge Leute zusammen tun — gegen diese Politiker und gegen diese Unternehmer.

**Gerd**



Wuppertal: Hakenkreuze an Kirchen geschmiert. Erst kürzlich war in Wuppertal-Elberfeld das Mahnmal für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes mit roter Farbe übergossen worden. — Westberliner Gedenkstätte Plötzensee mit Hakenkreuzen beschmiert. (siehe Bild) — Martin Hirsch (SPD-Bundestagsabgeordneter): „Ich sehe die NPD lieber im Bundestag als außerhalb.“ — v. Hassel und Kiesinger: „Die NPD ist nicht

neonazistisch“. — NPD-Greifkommando mit Hunden verletzten Demokraten in Frankfurt/M. schwer.

Solche Meldungen finden wir heute täglich in den Zeitungen. Der neue Faschismus marschiert; die Bundestagsparteien halten schützend ihre Hand über die NPD. Jetzt müssen sich alle Demokraten zusammenschließen, um neues Unheil abzuwenden.



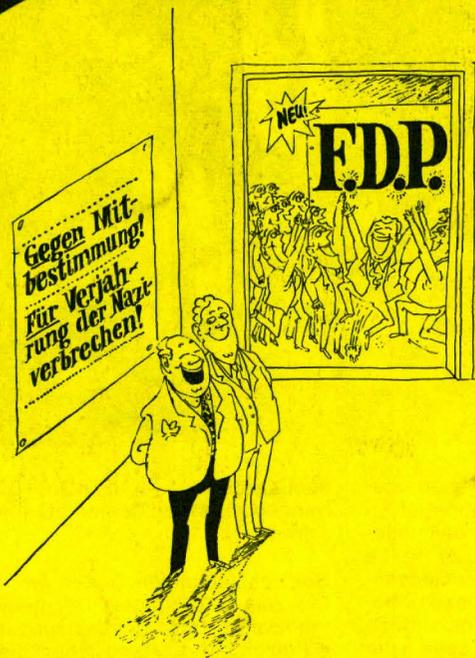
DKP — Partei der Jugend. Selbst noch jung (noch kein Jahr alt) hat die Deutsche Kommunistische Partei bereits viele junge Leute in ihren Reihen. Einige von ihnen — Betriebsjugendsprecher, SDAJ- und Gewerkschaftsfunktionäre, Studenten — übergaben kürzlich bei einem Jugendforum in Hamburg den Entwurf eines jugendpolitischen Programms ihrer Partei der Öffentlichkeit. Der Entwurf macht sich die Grundforderungen der jungen Generation zu eigen: das Recht auf eine moderne humanistische, wissenschaftlich fundierte Bildung; das Recht auf Mitbestimmung

das Recht auf soziale Sicherheit und Gleichberechtigung; das Recht auf sinnvolle Gestaltung der Freizeit. — Wer mehr über das DKP-Jugendprogramm wissen und darüber mitbestimmen will, schreibe an den DKP-Parteivorstand, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79, Tel. 48 10 63. —

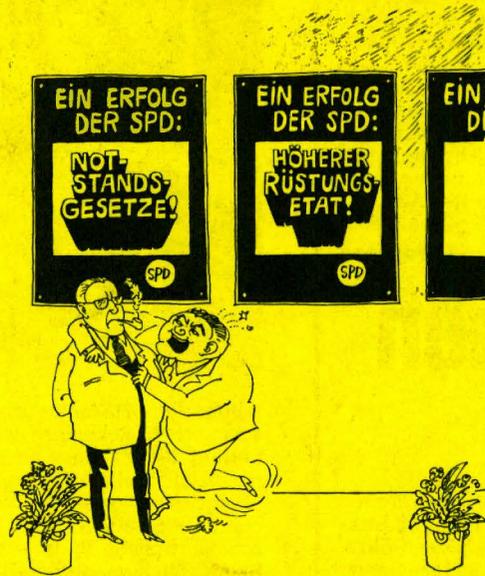
Die DKP ist Teil des Aktions- und Wahlbündnisses ADF. Wie DFU, SDAJ und zahlreiche Professoren, Gewerkschafter, Künstler und andere Persönlichkeiten und Gruppen. (Anschrift der ADF: 53 Bonn, Bornheimer Str. 230, Tel. 5 28 55

AR No PL 006:

# Alternativen?



„Unsere neue Verpackung ist einfach ganz toll – kein Mensch redet noch von unserem Programm!“



„Gratuliere! Und die Vorbeugehaft werden wir auch noch gemeinsam schaffen!“



„Da mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze auch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren beschlossen wurde – sollten wir uns schon jetzt über alle unsere Möglichkeiten bestens informieren!“



„Nachdem wir gut durch die Krise gekommen sind, sollten unsere Mitarbeiter endlich auch sehen, daß es aufwärts geht . . .!“

elam

# Lieber ADF!